

Fachkräftemangel? Nein – Fachkräfteflucht!



Das Friseurhandwerk steht am Kipppunkt – und das nicht erst seit gestern.

Während tausende Fachkräfte fehlen, zahlt der Staat Millionen für arbeitslose Friseurinnen und Friseure, die nicht zurückkehren. Die Zahl der Auszubildenden ist eingebrochen, die Wertschöpfung pro Kopf liegt am unteren Ende aller Handwerksberufe, und die politischen Rahmenbedingungen fördern eher Schwarzarbeit als legale Beschäftigung.

Was hier passiert, ist kein Zufall – es ist das Ergebnis jahrelanger Ignoranz gegenüber einer Branche, die Millionen Menschen berührt, aber kaum Gehör findet.

Mitarbeiterkrise im Friseurhandwerk: Ein strukturelles Versagen mit absehbaren Folgen

Das Friseurhandwerk in Deutschland steht vor einer tiefgreifenden personellen Krise, deren Ausmaß weit über temporäre Engpässe hinausgeht. Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: Innerhalb von nur zwei Jahren verlor die Branche über 35.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter [friseur-news.de](https://www.friseur-news.de).

Gleichzeitig sinkt die Zahl der Auszubildenden dramatisch – von über 34.000 im Jahr 2010 auf nur noch knapp 7.000 im Jahr 2021 [friseur-news.de](https://www.friseur-news.de).

Das ist ein Rückgang von über 80 % und ein klares Signal für den drohenden Kollaps einer ganzen Berufssparte.

Die Ursachen sind vielschichtig, doch eines ist offensichtlich: Die strukturellen Rahmenbedingungen für Beschäftigte im Friseurhandwerk sind unattraktiv – und das hat handfeste betriebswirtschaftliche Gründe. Laut Statistischem Bundesamt erwirtschaftete eine im Friseurhandwerk tätige Person im Jahr 2017 durchschnittlich nur rund 28.000 Euro Umsatz – ein Bruchteil dessen, was in anderen zulassungspflichtigen Handwerken üblich ist. Zum Vergleich: In der Kfz-Technik liegt der Pro-Kopf-Umsatz bei etwa 249.000 Euro.

Selbst Berufe am unteren Ende der Skala wie Bäcker oder Maler erzielen mit 46.000 bis 48.000 Euro pro Kopf deutlich höhere Werte.

Diese eklatant niedrige Wertschöpfung lässt kaum Spielraum für angemessene Löhne: Eine tariflich entlohnte Friseurin verdient nach der Ausbildung rund 1.600 Euro brutto im Monat – das entspricht einer jährlichen Lohnsumme von etwa 19.200 Euro, zuzüglich Lohnnebenkosten. Dem gegenüber steht ein Umsatz, der nicht nur diese Löhne, sondern auch Miete, Material, Energie, Versicherungen und Unternehmerlohn decken muss. Wie sollen unter diesen Bedingungen höhere Gehälter oder attraktive Arbeitsbedingungen finanziert werden? Die Corona-Pandemie hat

diese strukturellen Defizite nicht verursacht, aber wie ein Brandbeschleuniger gewirkt. Die Rückkehr ehemaliger Fachkräfte bleibt aus – nicht zuletzt, weil alternative Erwerbsformen wie private Dienstleistungen im Haushalt lukrativer und weniger reglementiert erscheinen.

Besonders brisant: Während Salons händeringend Personal suchen und teilweise ihre Öffnungszeiten reduzieren oder ganz schließen müssen, zahlt der Staat monatlich zwischen 7 und 10 Millionen Euro für arbeitslose Friseurinnen und Friseure [imsalon.de](https://www.imsalon.de) [friseur-news.de](https://www.friseur-news.de). Laut Bundesagentur für Arbeit waren im April 2022 über 26.000 Friseurkräfte arbeitslos oder arbeitssuchend gemeldet [friseur-news.de](https://www.friseur-news.de). Dennoch bleibt die Vermittlung in offene Stellen weitgehend wirkungslos. Sanktionen bei fehlender Mitwirkung wurden ausgesetzt, Bewerbungen bleiben aus – und die Schwarzarbeit floriert.

Friseurunternehmer Rene Kromholz bringt es auf den Punkt: „Hier subventioniert der Staat mit Steuergeldern die Schwarzarbeit.“ [friseur-news.de](https://www.friseur-news.de)

Seine Kritik richtet sich auch gegen die Kleinstunternehmerregelung, die faktisch zur Umsatzverschleierung einlädt und damit dem gesetzlichen Auftrag widerspricht. Fast jeder dritte Salon in Deutschland ist betroffen – ein alarmierender Befund, der nach politischem Handeln verlangt.

Die Branche steht damit nicht nur vor einem wirtschaftlichen Problem, sondern vor einem Glaubwürdigkeitsverlust gegenüber jungen Menschen, die sich für eine Ausbildung entscheiden sollen. Wer in einem Berufsfeld beginnt, das selbst von seinen politischen Rahmenbedingungen untergraben wird, kann kaum auf eine stabile Zukunft hoffen.

Es braucht mehr als Lippenbekenntnisse zur Fachkräftesicherung. Es braucht eine ehrliche Auseinandersetzung mit den Ursachen des Mitarbeiterschwunds, eine Reform der Förderpolitik und eine klare Positionierung gegen die systematische Aushöhlung des legalen Arbeitsmarkts.

Andernfalls droht dem Friseurhandwerk nicht nur ein Imageverlust, sondern ein struktureller Exodus – mit weitreichenden Folgen für die Dienstleistungslandschaft, die Ausbildungskultur und das soziale Gefüge in Städten und Gemeinden.

Quellen: imsalon.de friseur-news.de